

Thesenpapier zur Lebensphase Jugend im Studium

Zentrale bildungspolitische Probleme und mögliche Lösungen aus Sicht der Denkwerkstatt Jugendgerechte Bildungspolitik

Präambel: Im Zentrum der hochschulpolitischen Diskussionen über Studierende stehen oft Aspekte der formalen Qualifizierung Studierender im Mittelpunkt. Nur am Rande werden die Lebensbedingungen, die Interessen und Bedürfnisse Studierender als junge Menschen in einer herausfordernden Lebensphase, thematisiert. Dabei stehen Selbstpositionierung in der Gesellschaft und die Verselbstständigung als Ablösung von Elternhaus oder Jugendhilfe als gleichberechtigte Herausforderungen in dieser Lebensphase an. Auch Schwierigkeiten im Studienzugang und beim Studienabschluss entstehen oft intersektional. Auf dieser Grundlage stellt die Denkwerkstatt Jugendgerechte Bildungspolitik folgende Thesen auf:

These 1: Das System der Studienfinanzierung in Deutschland zementiert den Ausschluss junger Menschen ohne eigene oder familiäre Ressourcen. Trotz des Wegfalls allgemeiner Studiengebühren, die den sozialen Ausschluss vom Studium verschärfen, bestehen weitere finanzielle Hürden. Das BAföG ist nicht kostendeckend, die Rückzahlungsbedingungen von KfW-Studienkrediten stellen hohe persönliche Verschuldung in Aussicht. Die ausschließende Wirkung wird durch lange Bearbeitungsdauer beim BAföG und mangelnde Berücksichtigung von studienverlängernden Faktoren nur noch verschärft.

Mögliche Lösungen: BAföG-Satz an tatsächliche Lebenshaltungskosten anpassen und dynamisieren; Berechtigtenkreis ausweiten; studienverlängernde Konditionen, wie etwa Sprachförderung, berücksichtigen; Ex-Post-Prüfung beim BAföG-Antrag und schnelle Erstabwilligung; KfW-Konditionen verbessern (Zinsen senken und deckeln); Deutsch als Zweitsprache bei BAföG-Bezug berücksichtigen; BAföG elternunabhängig ermöglichen; Rechtsstatus Careleaver einführen; aus öffentlichen Geldern finanzierte Studienstiftungen auf eine repräsentative Berücksichtigung von BAföG-Berechtigten verpflichten; Studiengebührenfreiheit erhalten.

These 2: Unter der Wohnraumnot in Hochschulstädten leiden insbesondere von Armut betroffene Studierende und Auszubildende, deren Studienerfolg bzw. Ausbildungserfolg dadurch erschwert bis verunmöglicht wird.

Mögliche Lösungen: Verlängerung und Ausbau des Bundesprogramms Junges Wohnen zur Erhöhung der Wohnheimplätze (u. a. mit der Option sozialpädagogischer Begleitung analog des Azubi-Wohnens), Wiedereinführung/Förderung der Wohngemeinnützigkeit, Mietpreisbremse; mittelfristig: Stadtplanung mit Bedarfen Studierender im Blick.

These 3: Schüler*innen aller Schulformen werden unzureichend über Berufsperspektiven und Studienmöglichkeiten informiert. Ausbildungs- und Studienberatung geht zu wenig auf Interessen, Fähigkeiten und vielfältige Biografien der Schüler*innen ein.

Mögliche Lösung: Kritische Weiterentwicklung der Ausbildungs- und Studienberatungsangebote hin zu stärker individualisierten, diversitätssensiblen und früh in der Bildungsbiografie ansetzenden Beratungen; bedarfsgerechte



Orientierungsangebote zu Berufsperspektiven; Studienbeginn und Ermöglichung von Orientierungssemestern; auch Schüler*innen an Schulformen außerhalb des Gymnasiums adressieren („Studieren ohne Abitur“); Schüler*innen frühzeitig über Möglichkeiten der Nachteilsausgleiche und Eingliederungshilfen informieren.

These 4: Der Hochschulalltag ist so organisiert, dass Studierende in multiplen persönlichen Problemlagen aus dem Blick geraten, weil sie beispielsweise die Kombination von Präsenz- und Digitalveranstaltungen als besondere Herausforderung erfahren und Hochschulpersonal zu wenig geschult ist für den Umgang mit einer diversen Studierendenschaft. Dies gilt insbesondere im Bereich mentaler Gesundheit, aber auch durch Schwierigkeiten mit den informellen Regeln des akademischen Betriebs, der jungen Erwachsenen aus nicht-akademischen Elternhäusern unsichtbare Barrieren in den Weg stellen kann.

Mögliche Lösungen: Peer-to-Peer-Angebote ausbauen, Hochschulpersonal in Diversity- und Awarenesskonzepten schulen, psychologische Beratungsangebote zugänglicher machen, sozialpädagogische Angebote entwickeln (vgl. Schulsozialarbeit), Räume für digitale Veranstaltungsteilnahme zur Verfügung stellen, Gefährdungsbeurteilungen psychischer Belastung unter Studierenden; einfache und klare Verfahren, um bei psychischer Belastung oder Krankheit BAföG-Zahlungen über die Regelstudienzeit hinaus zu verlängern.

These 5: Die Räume für selbstorganisiertes studentisches Leben schrumpfen. Damit geht auch wertvoller Raum für Austausch, Begegnung und kulturelles Leben verloren.

Mögliche Lösung: Die studentischen Selbstverwaltungen erhalten ausreichend Räumlichkeiten, um nicht nur ihre hochschulpolitischen Aufgaben zu erfüllen, sondern um darüber hinaus Beratungsangebote für Studierende und kulturelles Leben ohne Kommerzialisierungszwang anbieten zu können.

These 6: Hochschulpolitik orientiert sich in ihrer Ausgestaltung am Auftrag der Wissensvermittlung und berücksichtigt in ihren Abläufen kaum die Bedürfnisse und Herausforderungen in der Lebensphase Jugend wie Autonomie-, Moral- und Identitätsentwicklung sowie Verselbstständigung. Dazu sind etwa auch bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt notwendig.

Mögliche Lösung: Bessere Vernetzung zwischen Hochschulen, BAföG-Stellen, Jobcentern und Sozialbehörden (und weiteren mit dem studentischen Leben befassten kommunalen Einrichtungen); Entzerrung und frühzeitige Kommunikation von Prüfungszeiten; Anerkennung des universitären und außeruniversitären ehrenamtlichen Engagements (z.B. Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement durch ECTS-Punkte, als Praktikumszeiten, flächendeckende Anerkennung von Ehrenamt in BAföG-Bezugsdauer).

Das Thesenpapier ist das Arbeitsergebnis der Denkwerkstatt „Jugendgerechte Bildungspolitik“ zum Schwerpunkt Lebensrealitäten Studierender. Informationen zur Denkwerkstatt und den mitwirkenden Organisationen und Institutionen finden sich online unter <https://www.jugendgerecht.de/eigenstaendige-jugendpolitik/denkwerkstaetten>

Kontakt: jugendgerecht.de - Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ, Mühlendamm 3 10178 Berlin Email: jugendgerecht@agj.de

